

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 186 (2020)
Heft: 9

Artikel: Hybride Kriegsführung 2/3 : Libanon und Ukraine
Autor: Kuster, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-905635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hybride Kriegsführung 2/3: Libanon und Ukraine

Anhand zweier Beispiele aus der jüngsten Kriegsgeschichte, nämlich dem Libanonkrieg 2006 und der Ukraine Krise 2014/2015, sollen die Merkmale der hybriden Kriegsführung (siehe Teil 1, ASMZ 08/2020) erläutert werden.

Matthias Kuster*

Als sich die Israelische Armee Ende Mai 2000 aus dem Südlibanon zurückzog, begann die schiitische Hisbollah (Partei Gottes; 1982 mit Unterstützung Irans und Syriens gegründet, um die Israelis im Südlibanon zu bekämpfen) im grenznahen Raum zu Israel hunderte Bunker und Stützpunkte zu bauen und umfangreiche dezentrale Waffenlager anzulegen, die untereinander teilweise mit einem ausgedehnten Tunnelsystem verbunden waren. Unterteilt war das 25 mal 40 km grosse Gelände (ca. Grösse des Kantons Thurgau) in 176 Abschnitte mit 40 Hauptstützpunkten, die teilweise direkt neben Wohnhäusern platziert wurden. Vor Ausbruch des Krieges am 12. Juli 2006 verfügte die Hisbollah in diesem Raum über rund 15 000 Raketen mit Reichweiten zwischen 11 und 120 km, darunter 13 000 Artillerieraketen Typ Katjuscha.

Libanonkrieg 2006

Am 12. Juli 2006 eröffnete die Hisbollah-Miliz in der Nähe der südwestlichen Grenze zwischen Israel und Libanon mit Minenwerfern das Feuer auf israelische Stellungen, um die Aufmerksamkeit von einem gleichzeitig erfolgenden Überfall auf eine Grenzpatrouille abzulenken. Dabei gelang es den Hisbollah-Kämpfern, den Grenzzaun zu Israel zu durchbrechen, zwei gepanzerte israelische Fahrzeuge zu zerstören, drei israelische Soldaten zu töten und zwei verletzte Soldaten in den Südlibanon zu verschleppen.

Ministerpräsident Ehud Olmert entschied sich umgehend zum Krieg gegen die Hisbollah, als er vom Überfall erfuhr. Bereits am frühen Nachmittag des 12. Juli 2006 stiegen israelische Kampfbomber auf und bombardierten insbesondere sämtliche wichtigen Zufahrtstrassen und Brücken in den Südlibanon, später auch den internationalen Flughafen Bei-

rut. Zudem errichteten die Israelis eine Seeblockade, um die Zufuhr an Waffen und Hisbollah-Milizen in den Südlibanon zu unterbinden und zerstörten das Hisbollah-Hauptquartier im Süden Beirut.

Konzentration auf die Luftwaffe

Dan Halutz, Generalstabschef der israelischen Armee, ehemaliger Kampfpilot und Luftwaffenchef, ging fest davon



Raketen aus dem Arsenal der Hisbollah.

Bild: Mena Watch

aus, die Hisbollah aus der Luft zerschlagen zu können, ohne nennenswerte infanteristische Kräfte einsetzen zu müssen. Das Anti-Guerilla-Konzept der Israelis unter dem Namen «Geier und Schlange» sah vor, dass die Luftwaffe («Geier») als offensives Element die Hisbollah-Kämpfer («Schlange») ausschalten würde, wo immer sich diese befänden. Kampfflugzeuge sollten Hisbollah-Stellungen zerstören, während Helikopter die Hisbollah-Kämpfer auszuschalten hatten. Drohnen sollten die Ziele aufspüren und verfolgen. Die Bodentruppen sollten dagegen lediglich die territoriale Integrität Israels schützen. Kommandoeinheiten sollten in kurzen, begrenzten «Rein-Raus»-Aktionen Hisbollah-Nester, welche den Luftschlägen entgangen waren, zerstören.

Ab dem 13. Juli 2006 begann die «Schlange» indessen zurück zu beißen; trotz massiven Bombardierungen gelang es der Hisbollah, täglich zwischen 100 und 200 Raketen, mehrheitlich sehr mobile Katjuscha-Raketen, auf Nordisrael abzufeuern, wo rund 2 Millionen Menschen wohnten. Die israelische Luftabwehr und die Artillerie erwiesen sich gegen diese Raketen als weitgehend machtlos, da die Zeit zwischen der Aufklä-

rung einer Raketenstellung und deren Bekämpfung zu kurz war, um einen Abschuss zu verhindern. Bis Ende des Krieges am 14. August 2006 verschoss die Hisbollah zwischen 4000 und 6000 Raketen, davon allein am letzten Kriegstag vor dem Waffenstillstand mehr als 240. Trotz über 10 000 Kampfeinsätzen und Angriffen gegen mehr als 7000 Ziele gelang

es der israelischen Luftwaffe bis zuletzt nicht, den Raketenbeschuss zu stoppen.

Später Einsatz der Bodentruppen

Als der Beschuss mit Raketen trotz des massiven Bombardements der Israelis unvermindert weiterging, setzten die Israelis ab dem 19. Juli 2006 zögerlich die ersten Bodentruppen von Süden her Richtung Norden ein, um die grenznahen Hisbollah-Widerstandsnester auszuschalten. Dabei erlitten sie aber einige Verluste, weil die Hisbollah aus dem ausgedehnten System von Stützpunkten und Sperren mit teilweise weit reichenden und sehr modernen, leistungsfähigen russischen Panzerabwehrwaffen die vorstossenden Israelis aufhalten und stark verzögern konnten. Den Israelis gelang es trotz des Ein-

satzen von schliesslich 30 000 Mann Bodentruppen nicht, den Südlibanon von der Hisbollah zu säubern.

Am 30. Juli 2006 schlug rund 15 km südöstlich der Hafenstadt Tyros eine verirrte israelische Fliegerbombe in ein Wohnhaus ein und tötete 28 Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder. Der Luftangriff galt einer Hisbollah-Stellung, welche sich in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses befand und aus welcher wiederholt Raketen abgeschossen worden waren. Die Bilder des zerstörten Wohnhauses bewirkten einen Aufschrei der internationalen Staatengemeinschaft und leiteten in der arabischen Welt einen Stimmungsumschwung zugunsten der Hisbollah ein.

Am 14. August 2006 schlossen die Israelis (auch auf Druck der USA) einen Waffenstillstand mit der Hisbollah.

Wesen der Kriegsführung im Libanonkrieg 2006

Die Hisbollah hatte die Schwächen der Israelis eingehend studiert und ihre (hybride) Kriegsführung darauf abgestimmt:

- Geiselnahme von israelischen Soldaten zur (politischen) Erpressung;
- Einsatz von nicht gelenkten, jedoch kaum zu bekämpfenden Raketen gegen die Zivilbevölkerung im Norden Israels (Terrorwaffe);
- Verbreitung von Bildern zerstörter Wohnhäuser und toter Kinder als Propagandamittel;
- Dezentralisierung, sehr gute Tarnung und starke Verbunkerung der Stützpunkte, um gegen Angriffe aus der Luft immun zu sein;
- Einsatz modernster, leistungsfähiger Panzerabwehrwaffen.

Bemerkenswert ist, dass ein nicht-staatlicher Akteur nicht nur nicht-militärische (Propaganda, Geiselnahme), sondern auch sehr leistungsfähige militärische Mittel (Raketen, Panzerabwehrwaffen) einsetzte. Durch die geschickte Synchronisation beider Mittel gelang es der Hisbollah, die israelische (konventionelle) Kriegsführung zu unterlaufen, wenn auch zum Preis eigener hoher personeller und materieller Verluste.

Die Ukraine-Krise 2014/2015

Als sich der ukrainische Präsident Janukowitsch am 21. November 2013 auf Druck Russlands überraschend weiger-

te, das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, kam es auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew, kurz Maidan genannt, zu anhaltenden Protesten, an welchen die Demonstranten seine Absetzung und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens forderten. Das brutale Vorgehen des Sicherheitsapparates gegen die Demonstranten trieb die Bevölkerung in der Folge in Scharen auf die Strasse.

Im Februar 2014 eskalierte das Geschehen auf dem Maidan, als Scharfschützen, deren Identität bis heute nicht ganz geklärt ist, gezielt Demonstranten töteten.

Trotz der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit den Demonstranten am 21. Februar 2014 forderten diese weiterhin den sofortigen Rücktritt Janukowitschs, da dessen Verbleib im Präsidentenamt bis Dezember 2014 für sie nicht hinnehmbar war. Noch gleichentags floh Janukowitsch nach Russland und am 22. Februar 2014 erklärte ihn das ukrainische Parlament für abgesetzt. Seine Flucht war für Präsident Putin der Auslöser, die Planung der Annexion der Krim und des Donbass in Auftrag zu geben.

Am 25. Februar 2014 kam es auf der Krim vor dem Parlamentsgebäude in Simferopol zu gewalttätigen Zusammenstössen zwischen pro-ukrainischen Krimtataren und pro-russischen Aktivisten. Zwei Tage später besetzten rund 60 pro-russische Milizionäre den Regierungssitz und das Parlament in Simferopol und zwangen das Parlament unter Waffengewalt, einen Antrag über den Anschluss an Russland einzubringen und darüber ein Referendum abzuhalten.

Kasernen und Häfen werden blockiert

Bereits am nächsten Tag besetzten Soldaten, die später von den Ukrainern als die «kleinen grünen Männchen» bezeichnet wurden, in grünen Uniformen ohne nationale Hoheitsabzeichen, die beiden auf der Krim gelegenen Flugplätze von Sewastopol und Simferopol, ohne dass dabei ein einziger Schuss fiel. Es handelte sich bei ihnen um Einheiten der 3. russischen Speznas-Brigade sowie des 45. Garderegiments, die vom Militärgeheimdienst GRU geführt werden. Sie hinderten die auf der Krim stationierten ukrainischen Soldaten am Verlassen der Kasernen und besetzten wichtige Verwaltungsgebäude. Ukrainische Schiffe der Küstenwache wurden in ihren Häfen blockiert. Am Einsatz auf der Krim dürften total

Cyber Observer

Die Kalenderwoche 29 war aus Cybersecurity-Sicht der totale Wahnsinn! Cisco hat in ihrem Patchday 32 Schwachstellen adressiert, Apple legte mit 98 vor, gefolgt von Microsoft



mit 122 und Oracle als Spitzenreiter mit 443. Hinzu kamen noch SAP und Adobe. Administratoren grösserer Unternehmen mussten also innert dieser Woche mit über 700 Schwachstellen kämpfen.

Eine Konsolidierung in diesem Ausmass gab es bisher noch nie. Genau deshalb bin ich kein Freund dieser Patchdays. Fallen diese nämlich aufeinander, und das tun sie durchaus manchmal, bricht Hektik aus. Und Hektik ist genau das, was man bei der säuberlichen Umsetzung von Schutzmassnahmen nicht gebrauchen kann.

Die Frage ist, ob diese Hektik berechtigt ist. Nur weil neue Versionen und Patches publiziert werden, steigt damit das Risiko von Angriffen? Nicht zwingend. Beobachtet man aber das Verhalten der Akteure, dann fällt durchaus auf, dass da dann doch gewisse Aktionen geplant und vorbereitet werden. Schliesslich kann durch die Analyse der Gegenmassnahmen eruiert werden, die ein Angriff ablaufen kann. Diese sind dann nur noch eine Frage der Zeit.

Unsere Sensoren decken wunderschön auf, wer sich für welche Schwachstelle interessiert. Vor allem Akteure aus den USA und Deutschland haben sich kurzfristig sehr aktiv und auf offensiver Weise mit der Vielzahl an Informationen auseinandergesetzt.

Ihr Verhalten ist dabei nicht unüblich. Einzig auffällig ist, dass sich China in erster Linie auf die Schwachstellen in den Microsoft- und Adobe-Produkten fokussiert hat. Dies ist spannend zu sehen, deutet es doch auf die Wahl anderer Angriffsstrategien hin. Social Engineering und Phishing, wahrscheinlich auch im breitflächigen Sinn, werden da momentan grösser geschrieben als anderswo.

Marc Ruef
Head of Research, scip AG



Russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen («Grüne Männchen») blockieren eine ukrainische Militärbasis auf der Krim. Bild: T-online

30 000 bis 35 000 russische Soldaten beteiligt gewesen sein.

Zur Ablenkung der medialen Aufmerksamkeit von der Krim und um die Ukraine von einer Gegenwehr abzuschrecken, setzte Russland am 26. Februar 2014 Truppen ohne vorherige Ankündigung im westlichen, an die Ukraine grenzenden Wehrbezirk in Alarmbereitschaft und führte ein grosses Manöver mit mehr als 150 000 Mann, 900 Militärfahrzeugen, 120 Helikoptern, 90 Flugzeugen und 80 Kriegsschiffen durch.

Am 1. März 2014 beantragte Präsident Putin dem russischen Föderationsrat die Zustimmung zur Entsendung russischer Truppen in die Ukraine mit der Begründung, das Leben russischer Bürger sei in Gefahr.

Anschluss der Krim an Russland

Am 6. März 2014 stimmte das Parlament der autonomen Republik Krim dem Anschluss an Russland zu. Bereits am 16. März 2014 wurde auf der Krim ein Referendum über den Anschluss an Russland abgehalten, welches grosse Zustimmung fand. Am 20. März 2014 stimmte auch die russische Duma der Aufnahme der Krim in die russische Föderation zu und schon am 21. März 2014 wurde der Beitrittsvertrag der Krim zu Russland vom russischen Föderationsrat ratifiziert, womit die Aufnahme der Krim in die russische Föderation abgeschlossen war. Dadurch sollte der Annexion der Krim eine Fassade der Legitimität verliehen werden.

Innert weniger als einem Monat wechselte so die Krim von der Ukraine zu Russland.

Am 28. März 2014 erklärte die UN-Vollversammlung das Referendum und die Sezession der Krim allerdings für ungültig, hatte doch Russland durch sein Vorgehen mehrere völkerrechtliche Abkommen, etwa das Budapest Memorandum on Security Assurances vom 5. Dezember 1994, den Freundschaftsvertrag Ukraine-Russland vom 31. Mai 1997 sowie die Charta von Paris über ein neues Europa verletzt. Alle drei Abkommen verpflichten die Vertragspartner, die Souveränität und die Grenzen anderer Staaten

zu respektieren und Konflikte auf friedlichem Weg zu lösen.

Am 16. April 2014 gab Präsident Putin in einer Fernsehfragestunde zu, dass russische Truppen auf der Krim die «Selbstverteidiger» aktiv unterstützt hätten, nachdem er zuvor jede Beteiligung russischer Truppen abgestritten und behauptet hatte, die (topmodernen) russischen Kampfanzüge, welche die «Grünen Männchen» getragen hatten, könne man in jedem Army Shop kaufen.

Besetzung im Bezirk Donezk

Wohl motiviert durch die Erfolge auf der Krim, besetzten ab 12. April 2014 russischsprachige Aktivisten unter der Leitung eines ehemaligen Obersten des (russischen) Staatssicherheitsdienstes FSB mit rund 50 Anhängern das Gebäude der Staatsregierung in Sloviansk (Bezirk Donezk) in der Ostukraine. Das Gros der Bevölkerung blieb allerdings passiv. Am 17. April 2014 riefen die Separatisten die souveräne Volksrepublik Donezk und am 27. April 2014 die souveräne Volksrepublik Luhansk aus. Entlang der russisch-ukrainischen Grenze zogen die Russen auf russischer Seite über 20 000 Mann zusammen.

Den ukrainischen Streitkräften gelang es indessen, die pro-russischen Separatisten im Donbass zu neutralisieren und die Kontrolle zurückzuerlangen. Diese Erfolge veranlasste die Separatisten, Russland um stärkere Unterstützung zu bitten. Am

Die russischen nicht-militärischen Instrumente für die Hybride Kriegsführung lassen sich wie folgt umreissen:

- Staatliche Nachrichtendienste wie der GRU (militärischer Nachrichtendienst). Der GRU führt auch Operationen im Ausland durch (der Kampfstoffanschlag auf Sergei Skripal und dessen Tochter in Salisbury im Jahr 2018 dürfte auf das Konto des GRU gehen);
- Nationalgarde (die auch im Ausland eingesetzt werden kann);
- Informationsoperationstruppen (Voyska informatsionnykh operatsiy), welche Cyber- und Informationsoperationen ausführen und in der Lage sind, verdeckt Telekommunikationseinrichtungen des Gegners zu zerstören;
- Söldnertruppen (am bekanntesten ist inzwischen die Gruppe Wagner, welche auf der Krim mit einer allerdings sehr geringen Anzahl Söldnern bereits aktiv war), deren Einsatz von der Regierung notfalls abgestritten werden kann;
- Fernsehsender (Russia Today, Sputnik-news) und Trollfabriken, welche in den sozialen Medien russische Propaganda und Desinformation betreiben;
- Nichtregierungsorganisationen im Wirtschaftssektor, darunter die «Nachtwölfe», die im Donbass die Separatisten mit Mahnwachen unterstützten und der Bevölkerung auf der Krim Hilfsgüter brachten, oder Oligarchen, welche Geldmittel spenden sowie diverse staatlich kontrollierte Wirtschaftsunternehmen;
- Organisierter Kriminalität (darunter auch Hacker);
- Russisch-Orthodoxe Kirche.

Quelle: «Hybrid Threats»: What can we learn from Russia, Security Policy Working Paper No. 16/2019 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Deutschland.

13. Juli 2014 fuhren daher rund 100 gepanzerte russische Fahrzeuge über die Grenze und drangen in die Ostukraine ein. Kontinuierlich wurden nun konventionelle Waffen wie moderne, radargestützte Flugabwehrsysteme (mit welchen irrtümlich eine malaysische Passagiermaschine abgeschossen wurde), Mehrfachraketenwerfer, Kampf- und Schützenpanzer, Panzerhaubitzen, Minen, Scharfschützengewehre, tragbare Panzerabwehrwaffen und automatische Waffen aus Russland an die Separatisten geliefert. Der hybride Krieg nahm mehr und mehr Züge eines konventionellen Konfliktes an. In der Nacht vom 24. August 2014, dem Unabhängigkeitstag der Ukraine, überschritten weitere russische Truppen die Grenze zur Ostukraine und schlugen die ukrainischen Truppen zurück. Pro-russische Separatisten, welche die Beteiligung tausender russischer Soldaten zugegeben hatten, behaupteten in den Medien, diese würden samt Waffen und Geräten ihre Ferien in der Ostukraine verbringen.

Als Folge der russischen Intervention auf Seiten der Separatisten erlitt die ukrainische Armee, welche über Jahrzehnte hinweg sträflich vernachlässigt worden war, erhebliche Verluste. Am 5. September 2014 wurde im weissrussischen Minsk ein Protokoll unterzeichnet, welches die Ergebnisse der Beratungen der trilateralen Kontaktgruppe, bestehend aus der Ukraine, der OSZE und Russland, für die Umsetzung eines Friedensplanes zusammenfasste und einen Waffenstillstand herbeiführen sollte. Am 12. Februar 2015 kam schliesslich unter dem Namen Minsk II ein erneuertes Waffenstillstandsabkommen zustande. Bis heute ist aber der Konflikt im Donbass ungelöst geblieben.

Wesen der Kriegsführung in der Ukraine-Krise 2014/2015

Russland versuchte, sein Vorgehen auf der Krim und im Donbass als Volksaufstand gegen die ukrainische Regierung zu tarnen, um nicht als Aggressor wahrgenommen zu werden. Was auf der Krim dank geschickter Propaganda und Desinformation (anfängliches Abstreiten jeglicher Beteiligung russischer Soldaten am Umsturz auf der Krim durch Präsident Putin) der Weltöffentlichkeit brillant gelang, scheiterte dagegen im Donbass und Russland musste den Separatisten mit konventionellen militärischen Mitteln massiv unter die Arme greifen. Die geradezu absurden Begründungen für die Präsenz rus-

sischer Waffen und Truppen im Donbass erwiesen sich als propagandistischer Fehlschlag.

Sowohl auf der Krim als auch im Donbass waren es die militärischen Mittel (auf der Krim die «Grünen Männchen», im Donbass die massiven Waffenlieferungen und Truppeneinsätze), welche schliesslich den Ausschlag zum Erfolg gaben, nicht die nicht-militärischen Mittel.

Erkenntnisse und Lehren aus den beiden Beispielen

In der Regel versuchen nicht-staatliche Akteure, ihr Arsenal nicht-militärischer Mittel mit militärischen Mitteln zu verstärken, während staatliche Akteure das Gegenteil anstreben, nämlich den Einsatz ihrer militärischen Mittel durch nicht-militärische Mittel wie Propaganda und Desinformation, wirtschaftlichen und politischen Druck, Sabotage, Terrorismus und Cyberangriffe so lange als möglich hinauszuschieben beziehungsweise zu verschleiern.

Das Schüren von Aufständen setzt ein gewisses Mass an Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Staatsführung und prekäre wirtschaftliche Verhältnisse voraus. Ist das Protestpotenzial zu gering, scheitert das Konzept des Volksaufstandes, wie das Beispiel im Donbass belegt.

Hybride Kriegsführung kommt ohne starke militärische Mittel nicht aus; Kriege im weitesten Sinne lassen sich auch heute kaum je ohne militärische Mittel gewinnen. Dies ist denn auch der Grund, weshalb sämtliche grösseren Mächte bis heute starke und sehr moderne Streitkräfte unterhalten.

In Russland wird der Begriff Hybride Kriegsführung nicht verwendet. Stattdessen wird von asymmetrischer Kriegsführung gesprochen. ■

Der Autor vertritt seine persönliche Auffassung

Quellen:

Matthias Kuster, Der Libanon-Krieg 2006 aus militärstrategischer Sicht, in: Military Power Revue der Schweizer Armee Nr. 2/2009, S. 56 ff.

Matthias Kuster, Die Ukraine-Krise 2014/2015 aus militärstrategischer und operativer Sicht, in: Military Power Revue der Schweizer Armee Nr. 2/2015, S. 15 ff.

* Matthias Kuster, Oberst i Gst, Stab Op S, selbständiger Rechtsanwalt. Mitglied internationales Institut für Strategische Studien (London) und der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz, 8001 Zürich

Aus dem Bundeshaus

Armeeфинанzen sind heute ein politisch genauso leidenschaftlicher Debattiergegenstand wie noch zu Zeiten, als die Verteidigung einen Drittel der Bundesfinanzen ausmachte. Die höchstens 6 Milliarden Franken für den Kauf neuer Kampfflugzeuge sind Teil des Erneuerungsbedarfs der Armee von 15 Milliarden Franken für den Zeitraum 2023 bis 2032, wobei der eigentliche Bedarf ohne «Verzichts- und Sparmassnahmen» 19 Milliarden betrüge. 4 Milliarden wurden der Armee ohne nennenswerte politische Debatte bereits entzogen.



Gerade nach Corona wird man im Bundeshaushalt mit der Lupe nach der Wirkung dieser 4 bis 2032 anderweitig eingesetzten Milliarden suchen müssen. Nachweisbar ist, dass der Bund in den letzten 12 Jahren 30 Milliarden Schulden abbezahlen konnte, auch dank jährlichen Kürzungen im Verteidigungsbudget, die 18 bis 573 Millionen Franken umfassten (vgl. Antwort auf die Interpellation 20.3042). Corona hat diese Sparanstrengungen innert Wochen zu nichte gemacht. Geblieben ist der Investitionsstau bei der Armee.

Im September wird das Stimmvolk entscheiden, ob es sich für höchstens 6 Milliarden nach 2030 für mehrere Jahrzehnte den Schutz seines Luftraums leisten will. Wie schon beim gescheiterten Tiger-Teilersatz 2014 wird diese gewichtige Frage mittels Referendum geklärt. Wobei diesmal nicht über die Finanzierung entschieden wird, sondern es handelt sich um einen Planungsbeschluss, ein wenig bekanntes Instrument nach Artikel 28 des Parlamentsgesetzes. Eine Ablehnung der Kampfflugzeugbeschaffung würde gemäss Verteidigungsministerin Viola Amherd «grundlegende Fragen» aufwerfen. Die 6 Milliarden stünden der Armee plötzlich anderweitig zur Verfügung. Für was für eine Armee müsste dann aber so ernsthaft debattiert werden, wie damals beim «Konzeptionsstreit» in den 1950er-/60er-Jahren, als das Verteidigungsbudget noch über einen Drittel der Bundesausgaben ausmachte.

Dr. Fritz Kälin, Fach Of Stab MND
8840 Einsiedeln